

Morden und Massaker in Gaza und die DGB-Gewerkschaften schweigen! – Wie lange noch?

„Das Skandalöseste an den Ereignissen in Gaza ist, dass sie geschehen können, ohne dass etwas geschieht. Die Straflosigkeit Israels wird nicht in Frage gestellt. Die fortgesetzte Verletzung internationalen Rechts, der Genfer Konvention und der Mindeststandards an Menschlichkeit bleibt ohne Konsequenzen.“

Diese Feststellung in dem jüngst von überischen Schriftstellern, darunter dem portugiesischen Literaturnobelpreisträger José Saramago unterzeichneten Aufruf gegen den Krieg in Gaza, beschreibt eine traurige Realität auch hierzulande.

Die Bevölkerung in Israel hat ein Recht auf Sicherheit, aber nicht das Recht, den Weg dorthin mit palästinensischen Leichenbergen zu pflastern. Bundeskanzlerin Merkel hat den israelischen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung jedoch gutgeheißen, indem sie völlig undifferenziert der Hamas die „alleinige und ausschließliche“ Schuld an den Kriegshandlungen der Israelis in Gaza gab. Das war grünes Licht für die Aggressoren.

Dass militärische Aktionen zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden müssen, ist ein Grundelement des humanitären Völkerrechts, das die israelische Kriegspolitik mit Füßen tritt. Dazu schweigt die Bundesregierung ebenso lautstark wie zum permanenten Verstoß gegen das in der Vierten Genfer Konvention formulierte strikte Verbot einer kollektiven Bestrafung, wie sie den Palästinensern fast täglich zuteil wird. Man sagt, man sei gegen den Terror der Hamas, in Wirklichkeit aber bekämpft man den Widerstand des gesamten palästinensischen Volkes. In dem von Mauer und Stacheldraht eingeschlossenen Westjordanland starben allein im Jahr 2008 45 Palästinenser durch israelische Angriffe, obwohl keine einzige Rakete von dort abgeschossen wurde.

Von einer Lösung des Nahost-Problems auf Grundlage der UNO-Resolutionen, die den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten - und damit auch aus dem Gaza - fordern, ist weder bei Frau Merkel noch Herrn Steinmeier die Rede. Vom international anerkannten Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, das dennoch vom israelischen Staat und vielen westlichen Staaten boykottiert und unterlaufen wird, wird offiziell geschwiegen. Lediglich vom Existenzrecht des Staates Israel redet man, obwohl es - wie jeder weiß - gerade durch die Ausweitung der gegenwärtigen Kampfhandlungen auf lange Sicht gefährdet wird.

Dass ein Frieden im Nahen Osten ebenso das Existenzrecht eines palästinensischen Staates voraussetzt, nämlich das Recht der Menschen in Palästina, frei von Staatsterrorismus, Gewalt und Unterdrückung, frei von Hunger, Elend und gezielten Tötungen ein menschenwürdiges Leben führen zu können - auch darüber wird geschwiegen. Und die deutschen Gewerkschaften schweigen mit.

Was sind die gegenwärtigen Kriegsursachen? Sie liegen mitnichten in den selbst gebastelten Qassam-Raketen der Hamas: Die Kriegsursachen liegen im 41-jährigen völkerrechtswidrigen Besatzungsregime der Israelis, in der jahrelangen Hunger-Blockade des Gazastreifens. Darüber schweigt die Bundesregierung. Nicht zuletzt deshalb, weil sie an der Einkesselung und Gettoisierung der Gaza-Palästinenser durch Beteiligung an der Sicherung der ägyptischen Grenze aktiv mitbeteiligt ist.

Wer wie die deutsche Bundesregierung einerseits behauptet, man müsse alles tun, um zivile Opfer zu vermeiden, andererseits aber Israel darin bestärkt, Verhandlungen mit der Hamas auszuschlagen, handelt heuchlerisch und trägt eine Mitverantwortung für die Beibehaltung der Gewaltspirale. Auch dazu schweigen DGB-Gewerkschaften.

Die gegenwärtigen Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung mit nahezu 1.000 Toten binnen zwei Wochen, die Bombardierungen einer auf engstem Raum zusammengepferchten Bevölkerung, die zu über 50% aus Kindern besteht und sich aufgrund der allseitigen Abriegelung des Gazastreifens den permanenten Angriffen durch Flucht gar nicht entziehen kann - all das ist eine zynische Verhöhnung des Rechts und schon aus Gründen der jeder/m offensichtlichen Unverhältnismäßigkeit nicht mit „Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen.

„Wie jedes Volk unter rechts-widriger Besatzung haben auch die Palästinenser ein Recht auf Widerstand. Für eine rechtswidrige Besatzung gibt es aber kein Recht auf Verteidigung, sondern nur die Verpflichtung, die Besatzung vollständig aufzuheben“ formulierte der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech vor kurzem trefflich.

Man muss kein Freund der Hamas und ihres politischen Programms eines Scharia-Staates in Palästina sein, um einzusehen, dass die Weigerung Israels zu politischen Kontakten mit der Hamas nur dem Wunsch nach einer Verlängerung der Kampfhandlungen geschuldet ist. Um aber, die militärischen Exzesse zu stoppen und einer politischen Lösung der Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern den Weg zu ebnet, ist die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Hamas notwendig. Dabei muss die Hamas als gleichberechtigte Verhandlungspartnerin anerkannt werden, die ein Mandat hat, das ihr durch freie und demokratische Wahl erteilt wurde.

Es würde den DGB-Gewerkschaften gut zu Gesicht stehen, wenn sie ihr Schweigen zum Blutvergießen in Gaza brechen würden indem sie die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand der Kriegsparteien verbinden würden mit der Forderung nach einer gleichzeitigen permanenten Öffnung des Gazastreifens.

Worauf warten die Spitzen der DGB-Gewerkschaften noch? Auf Handreichungen aus dem Willi-Brandt-Haus? Die Zeit drängt. Es darf nicht noch mehr Blut vergossen werden! Allen ernsthaft am Frieden in der Welt Interessierten ist doch klar, dass jede weitere Eskalation im Nahen Osten, etwa durch eine Ausdehnung des Konflikts auf den Iran, brandgefährlich und nicht hinnehmbar ist. Die DGB-Gewerkschaften stehen deshalb in der Pflicht. Und es wäre längst an der Zeit, dass Gewerkschaftsmitglieder sich in diesen Fragen klar und eindeutig artikulieren. Die Leisetreterei muss endlich ein Ende haben!

Gerhard Walentowitz

Gegenaufklärerisch

Zur Stellungnahme von Gehard Walentowitz

In der Stellungnahme wird in einem Text mit dem Charakter eines Aufrufs, eines Appells an die „Spitzen der DGB-Gewerkschaften“ die Sichtweise des Autors über „Morden und Massaker in Gaza ...“, wiedergegeben.

Dabei werden als positive Bezugspunkte zwei Personen, benannt - der Dichter J. Saramago und das MdB der Linken N. Paech. Juristisch werden als Bezug die vierte Genfer Konvention und das Völkerrecht erwähnt. Der Text hat teilweise den Anspruch auf Ursachen und Schuld einzugehen.

Durch den Text wird auch eine politische Positionierung des Autors über seine Vorstellung der „Lösung“ des Konfliktes grundsätzlich und für den Augenblick formuliert. Dabei wird Position zur Hamas bezogen. Außerdem enthält der Text eine Einschätzung der Position A. Merkels und F. Steinmeiers sowie einen pointierten kritischen Hinweis auf die Abhängigkeit der Spitzen der DGB-Gewerkschaften vom „Willi-Brandt-Haus“.

Würde man den Text Satz für Satz vorlesen und nach jedem Satz fragen: „Stimmt das eigentlich, lässt sich das belegen?“ würde sich (bis auf den 12 und 13 Absatz, die im Konjunktiv oder in Frageform oder in allgemeiner Form formuliert sind) Satz für Satz nachweisen lassen, dass keine einzige der dort aufgestellten - manchmal in indirekter Form vorgetragenen - Behauptungen sich aufrechterhalten lässt. Sie sind falsch, enthalten „halbe Wahrheiten“ und vergrößern einzelne Erscheinungen zu angeblich allgemeinen Erscheinungen.

Durch den unsystematischen Aufbau des Textes würde jeder Versuch einer Punkt-für-Punkt-Widerlegung entlang der 13 Absätze zu einer konfuse Textansammlung führen, dem Durcheinander von Wichtigem und Unwichtigem des Autors des Aufrufs auf den Leim

gehen und könnte so nicht zu einer Klärung und Aufklärung beitragen. Das Problem vergrößert sich vor allem dadurch, dass die seriöse Widerlegung einer überaus urteilsfreudigen Tatsachenverfälschung in der Regel wesentlich mehr Raum einnimmt, als die Aneinanderreihung der falschen Behauptungen. Damit nicht genug: Kern einer Textanalyse ist sehr oft, insbesondere beim vorliegenden Text, welche - wesentlichen - Fragen nicht angeschnitten werden, obwohl sie angeschnitten werden müssten. Daher stellt sich die nachfolgende Kritik des Textes im Rahmen einer gewerkschaftlichen Publikation lediglich die Aufgabe, die strukturellen Grundfehler deutlich zu machen.

Drei grundlegende strukturelle Kritiken

1. Willkürliche Auswahl von „Kriegsursachen“ und geschichtsrevisionistische Begrenzung der geschichtlichen Ursachen des aktuellen Konflikts auf die israelischen Besetzungen 1967 (7. Absatz).

Jede ernsthafte Beschäftigung mit diesen heutigen Fragen, so die Genthese, muss die von der UNO beschlossene Resolution über die Gründung zweier Staaten - Israel und Palästina -, als geschichtlichen Knotenpunkt begreifen, der selbst wiederum völlig unverstänlich bleiben muss, wenn nicht die Vorgeschichte des englischen Kolonialismus, der Kollaboration der arabischen, insbesondere auch palästinensischen Eliten mit dem NS-Regime, die Situation der jüdischen Flüchtlinge in und nach der NS-Zeit, die Besonderheiten der Gründung der UNO aus den Mitgliedern der Staat der Anti-Hitlerkoalition und der erste israelisch-arabische Krieg 1948 - der Überfall auf Israel nach dessen Gründung, die Aneig-

In eigener Sache

Der Bezirksvorstand hat am 17. 2. 09 mehrheitlich gegen meinen erklärten Willen beschlossen, den nebenstehenden Flugblatttext des Kollegen Walentowitz (verteilt auf der Römer-Demo v. 14. 01. 2009) in der FLZ abzuwickeln. Darin wird die Hamas als legitime politische Kraft vorgestellt und implizit die Auslöschung Israels als „Strafe“ für seine „Vergehen“ ins Visier genommen. Die Hamas steht zusätzlich zu ihrer islamistischen Ausrichtung eindeutig in der ideologischen Tradition des NS und drückt in Worten wie Taten unmissverständlich aus, dass es ihr um die Vollendung der nationalsozialistischen Judenvernichtung in ihrem Einflussgebiet geht. Auf dieses Flugblatt konnte es darum nur eine deutliche Antwort geben, die neben einer Erwidrerung seitens des Kollegen Benjamin Ortmeier u. a. eine Dokumentation über den aktuellen Stand des Judenbasses rund um das Thema Palästina beinhaltet.

Ernst Olbrich

Parolen der Palästina-Solidarität 2009



Antisemitismus
Bonn, 2. 1. 09



Geschichtsrevisionismus
Düsseldorf, 3. 1. 09

Alle Fotos (und dergleichen mehr) auf:
<http://www.arbeiterfotografie.com>

Fortsetzung / Gegenauflärerisch

nung großer Teile des für den palästinensischen Staat vorgesehenen Gebietes durch Jordanien usw. analysiert werden.

Auch die aktuelle These, dass die „selbst gebastelten Quassam Raketen“ (!!!), so der Text, „mitnichten“ Kriegsursachen seien (7. Absatz), ist falsch. Bei einer ernsthaften Analyse der Fülle von historischen und aktuellen Kriegsursachen im unmittelbaren Sinne spielen dieses mörderischen, ausschließlich gegen Zivilisten gerichteten Mordwerkzeuge nicht die einzige, sehr wohl aber eine bedeutende Rolle – ebenso wie die Serie der *Hamas* Anschläge gegen Zivilisten in Israel.

2. Die bagatellisierende Einschätzung der Hamas ist u.a. Ausdruck fehlender innerer Anteilnahme an der leidgeprüften palästinensischen Bevölkerung.

Der Kernfrage ist nicht, ob mit Organisationen wie *Hamas* verhandelt oder nicht verhandelt wird, sondern die Kernfrage ist, welchen Charakter diese Organisation hat. Die Feststellung „man muss kein Freund der *Hamas*“ sein (11. Absatz), nachdem ihr Ziel eines „Scharia-Staates“ benannt wurde, ignoriert bagatellisierend das zutiefst antisemitische Hetzprogramm (Charta) der *Hamas*, in dem zudem jegliche Verhandlungen prinzipiell abgelehnt und der „Islam“ (wie ihn die *Hamas* versteht) als Staatsreligion für „jeden Zentimeter“ von Palästina gefordert wird (und die Gründung Israels von Anfang an abgelehnt wird). Der behauptete „Widerstand des gesamten palästinensischen Widerstands“ (4. Absatz) sieht nicht den innerpalästinensischen Terror der *Hamas* oder will ihn nicht sehen. Die Gefängnisse der *Hamas* sind voll von Fatah-Mitgliedern, die Liste der von der

Hamas ermordeten und „hingelichteten“ Mitglieder anderer palästinensischer Organisationen ist lang. Hier kann es nicht den Funken einer Solidarität geben.

3. Die Darstellung der Haltung von Regierung und Medien zum Gaza-Konflikt in Deutschland hält keinerlei Prüfung stand und übergeht zudem die Ausnutzung des Gaza-Konflikts zur Schürung von Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in Gewerkschaften und „auf der Straße“.

Die Analyse der bundesrepublikanischen Politik und Wirtschaftspolitik gegenüber Israel und im arabischen Raum zeigt, dass aus nahe liegenden imperialen Gründen sowohl öffentlich als auch ohne Medien „beide Seiten“ im Nahost-Konflikt – auch militärisch – „unterstützt“ werden. Noch gewichtiger als die unwahre Behauptung einer angeblich „einseitigen“ Unterstützung Israels ist jedoch zu analysieren, wie real auf der Straße geschichtsrevisionistische und antisemitische Slogans auch in der so genannten „gewerkschaftlichen Linken“ Fuß fassen. Es ist eine dokumentierte Tatsache, dass ohne jegliches Schamgefühl auf den Demonstrationen Dezember 2008/ Januar 2009 die Gleichsetzung der Politik Israels mit den Nazis, dem Holocaust (Siehe die Fotos von den aktuellen Demonstrationen), der Schulterchluss mit türkisch-reaktionären Organisationen und die inhaltlichen Parolen der *Hamas*, deren Anhänger massiv vertreten waren, einschließlich klar antisemitischer Hetz-Transparente, geduldet wurden.

Fazit:
Stil und Inhalt des Aufrufes sind gegenauflärerisch.

Benjamin Ortmeier

Nazi-Terror gegen DGB-Bus

Von rund 11.000 im Jahr 2007 auf 14.000 in 2008 ist die Zahl der registrierten rechtsextremen Straftaten gestiegen, das ergab die Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (*Die Linke*) im Bundestag. Bei den 753 rechten Gewalttaten wurden 2008 mit 773 Personen erheblich mehr Menschen als 2007 (600) verletzt. Die anwachsende rechte Gefahr erfuhren die Passagiere eines am 15. 02. 2009 von

einer Anti-Nazi-Demo in Dresden zurückkehrenden Busses des DGB Nordhessen am eigenen Leib, als sie von Neo-Nazis bei einer Pause auf einer Autobahnraststätte angegriffen wurden. Die blutige Bilanz der Attacke: Sieben verletzte Kollegen, darunter ein Schwerverletzter, der mit einem Schädelbruch in die Klinik eingeliefert werden musste. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, forderte Innenminister Bouffier auf, endlich Taten gegen die rechtsex-

treme Gefahr sprechen zu lassen und ein Verbot der NPD und ihr nahe stehender Organisationen einzuleiten. Stefan Körzell: „Wer jetzt immer noch von der Harmlosigkeit der NPD und deren Sympathisanten redet, macht sich nicht nur moralisch, sondern auch juristisch strafbar. Wer sich weiterhin gegen das Verbot sperrt, nimmt schwere Körperverletzung, Angriff auf Leib und Leben, bis hin zum Mord, in Kauf.“

Ernst Olbrich.

Aktion des ASTA der Goethe Universität zum 27. 01. 09

2008 führte die GEW Hessen gemeinsam mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Hessens und dem Landesverband Hessen der deutschen Sinti und Roma eine Plakataktion an allen Schulen zur Erinnerung an die Befreiung Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 durch. Dieses Jahr setzten der ASTA der Goethe-Universität und die Fachschaft Erziehungswissenschaften mit 14 Plakaten aus der Geschichte des Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau auf der Hauptwache ein Zeichen der Erinnerung und dokumentierten die Kommentare der Passanten.

Die Plakatsammlung wurde auch auf dem Westendcampus, vor dem KOZ, vor dem AFE-Turm und vor dem JUZ Bockenheim, dem von Jugendlichen besetzten besetzten Haus, gezeigt.

Die Aktion richtete sich auch gegen jene Form von Politik, die mit unsäglichen und geschichtsrevisionistischen Vergleichen Auschwitz nutzen will, um diese oder jene tagespolitische Position zu in-

ternationalen Ereignissen zu instrumentalisieren und so an diesem Tag vom Gedenken an die Verfolgten und Ermordeten abzulenken.

Aus der Presseerklärung des ASTA:

„Der ASTA und der Fachschaftsrat Erziehungswissenschaften erinnern anlässlich des heutigen Jahrestages der Befreiung der Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee 1945 mit einer Plakataktion an der Hauptwache an die Verbrechen des Nationalsozialismus.“

Zwischen 13 und 14 Uhr legten sie mit Hilfe von weiteren Studierenden Plakate mit Bildern aus den Vernichtungslagern in Auschwitz in der Fußgängerzone vor der Galeria Kaufhof aus. Die Reaktionen der Passantinnen auf die Aktion wurden mit Videokameras aufgezeichnet. Mit einigen Passantinnen kamen die Studierenden ins Gespräch.

„Dieser wichtige Gedenktag wird unserer Meinung nach nicht richtig ernst genommen. Viele Menschen scheinen sich beim Gedenken nur auf die offiziellen Gedenk-

feiern zu verlassen und vergessen so allmählich den eigentlichen Anlass dieses Tages. Die heute geführten Gespräche mit den Passantinnen unterstreichen diesen Eindruck“, urteilt die ASTA-Vorsitzende Nadia Sergan.

„Der Holocaust und die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen dürfen nicht aus dem historischen Gedächtnis entfernt werden. Sie müssen in der aktiven Auseinandersetzung verarbeitet werden und dadurch als historisches Ereignis zum Ausgangspunkt jeglicher Bildung und Aufklärung genommen werden“, so eine Vertreterin des Fachschaftsrates Erziehungswissenschaften.“

Es ist ein unverzichtbares Anliegen, dass die GEW nicht nachlässig – auch in der Konfrontation mit der eigenen Geschichte – mit ihren Mitteln an den staatlich organisierten und industriell durchgeführten Massenmord an den europäischen Juden und den Sinti und Roma zu erinnern und die Vorge-schichte, Geschichte und Nachgeburt des NS-Regimes in all seinen Facetten mit aufklärerischen Aktivitäten in Erinnerung zu halten

Benjamin Ortmeier

Auszüge aus der so genannten „Charta“ der Hamas

„Artikel 6:
Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine eigenständige palästinensische Bewegung, (...) die dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird. (...)

Artikel 7:
Der Prophet – Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm, – erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn! (...)

Artikel 13:
Ansätze zum Frieden, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlich im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung. Denn auf irgendeinen Teil Palästi-

na zu verzichten bedeutet, auf einen Teil der Religion zu verzichten;

Artikel 22:
Die Feinde häuften (...) einen riesigen und einflussreichen materiellen Wohlstand an, der sie in die Lage versetzte, ihren Traum umzusetzen. Dieser Reichtum erlaubte es ihnen, die Kontrolle über die Weltmedien wie zum Beispiel Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Verlagshäuser, TV-Sender und weitere Dinge dieser Art zu übernehmen. Sie nutzten diesen Reichtum ebenfalls aus, um Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt anzustacheln, um ihre Interessen zu realisieren und die Früchte zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution und hinter den kommunistischen Revolutionen und den meisten Revolutionen, von denen man hier und da hört. (...) Sie nutzten das Geld ebenfalls dazu, die Macht über die imperialistischen Länder zu gewinnen und sie dazu zu bringen, viele Länder zu kolonisieren, (...).“

Parolen der Palästina-Solidarität 2009



Gräuelpropaganda Düsseldorf, 3. 1. 09



Antisemitismus: Martin Hohmann lässt grüßen ...! Köln, 17. 1. 09



Frankfurter Lehrerzeitung

Zeitung für Kolleginnen und Kollegen im Sozial-, Erziehungs- und Bildungsbereich

FLZ Nr. 1 – 30. Jg.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Bezirksverband Frankfurt am Main

März 2009



Warnstreik 12. 2. 2009 in Frankfurt, vorn rechts Ernst Olbrich

Streiks auch in Hessen

Die Lehrkräfte in den Bildungseinrichtungen der Länder haben im Februar 2009 im Rahmen der Tarifrunde 2009 zweimal gestreikt. Die Lehrkräfte? In Hessen handelt es sich dabei nur um Anteile der rund 1% der Lehrkräfte, die im

Angestelltenverhältnis beschäftigt sind. Denn in Hessen sind Lehrerinnen und Lehrer immer noch verbeamtet.

Gut für sie, denn in Zeiten der Krise und wachsender Sorge um den Arbeitsplatz ist mit der lebenslangen Beschäftigungsgarantie für die Zukunft vorgesorgt.

Schlecht für sie, denn bei gar nicht oder nur schleppend erfolgreicher Gehaltsanpassung frisst der inflationäre Verfall der Kaufkraft langsam das Einkommen auf. Um gar nicht davon zu reden, was für

den Fall eines plötzlichen Inflationsschubs aufgrund von außer Kontrolle geratenen Staatsschulden von den Beamtengehältern noch übrigbleiben würde.

Doppelt schlecht für beamtete Lehrkräfte ist es allerdings, dass sie in diesen und entsprechenden Fällen nach herrschender Rechtsauffassung in der Bundesrepublik über kein Streikrecht verfügen. Noch besser: Nach Ansicht des Hessischen Verfassungsgerichtshofs begründet nicht einmal die Verletzung der immer gern beschworenen Für-

sorgepflicht des Dienstherrn ein Recht auf Arbeitskämpfmaßnahmen (s. Urteil v. 07. 09. 2004, Az 24 GH 2290/04). Ein dicker Hund, der jeder staatlichen Zumutung Tür und Tor öffnet!

Wenn also staatlicherseits u. a. immer die so genannte Alimentierung des/r Beamten/-in, also die Befreiung von materiellen Sorgen durch eine entsprechende Vergütung, als Grund für die besondere Treuepflicht genannt wird, stellen Urteile wie das genannte klar, *Fortsetzung Seite 2*

Aus dem Inhalt

Tarifaueinandersetzungen – Gehaltsfragen

..... Seite 2, 3

Frankfurt: Die Bildungseinrichtungen in Haushalt und Konjunkturprogramm

..... Seite 4, 5

Informationen aus den Personalräten

..... Seite 6 - 8

„Paradigmenwechsel“ in der Schulpolitik?

..... Seite 9, 10

Theaterpädagogik:

Interview mit Elisabeth Schweeger Seite 12, 13

Palästina-Konflikt kontrovers

..... Seite 14, 15

Wie lange will Hessen die anderen Bundesländer beim Gehalt unter- und bei der Arbeitszeit überbieten?

Eine Woche nach Erscheinen dieser Ausgabe treffen sich am 27. März 2009 die Delegationen von Gewerkschaften und Landesregierung in Wiesbaden zur vermutlich entscheidenden Verhandlungsrunde für einen hessischen Tarifvertrag. Dieser Sonderweg ist nötig, weil mit der Landtagswahl im Januar 2009 sich diejenigen Kräfte durchgesetzt haben, die eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) nicht wollen, um in Hessen ungünstigere Tarifstandards durchzusetzen.

Es geht an diesem Wochenende im Prinzip um zwei Tarifverträge und damit schließlich auch um die Grundlage für Arbeitszeit und Gehalt der BeamtInnen.

In dem Gehaltstarifvertrag wollen die Gewerkschaften nach dem Abschluss mit der TdL den Tarifvertrag der Länder (TVL) auch auf Hessen übertragen. Die Ergebnis-

se des TVL entsprechen zwar nicht den Forderungen, bringen aber im Volumen und prozentual durchaus Verbesserungen, die sich sehen lassen können, wie auf Seite 3 dargestellt wird. Dazu haben die bundesweiten Warnstreiks auch der GEW maßgeblich beigetragen.

Es wird sich zeigen, ob es sich die hessische Landesregierung leisten will, ihre Beschäftigten, und das heißt insbesondere auch ihre Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen schlechter zu behandeln als die übrigen Bundesländer.

Die Landesregierung will die Gehaltstariffrage mit den grundsätzlichen Fragen der Eingruppierung, der Arbeitszeit und der Sonderzahlungen verbinden, die in einem Manteltarifvertrag geregelt werden und dann über längere Zeit stabil bleiben. Noch gilt in Hessen im Gegensatz zu den anderen Bundesländern und im Gegen-

satz zu Bund und Kommunen der BAT. Dieser soll nach den Vorstellungen der Landesregierung in einen „Tarifvertrag Hessen“ umgewandelt werden.

Es geht also am kommenden Wochenende auch um die Frage der Arbeitszeit, die in Hessen sich spreizt in eine 38,5-Stunden-Woche für die länger beschäftigten Landesangestellten und eine 42-Stundenwoche für die übrigen Angestellten und BeamtInnen. Ziel der Gewerkschaften ist eine Arbeitszeit unterhalb von 40 Stunden pro Woche, wie sie auch im TVL vereinbart ist.

In einer Woche werden wir wissen, ob die hessische Landesregierung ihren Sonderweg zu Lasten der Beschäftigten weiter verfolgen will und ob wir in Hessen mit weiteren gewerkschaftlichen Aktionen Druck ausüben müssen.

CDU-FDP Bildungspolitik Ein Paradigmenwechsel in die Ökonomisierung

Eine links tolerierte SPD-Grüne-Regierung, die eine große Anzahl von GEW-Positionen umzusetzen vereinbart hatte (vgl. letzte FLZ), ist in Hessen mit Hilfe einer außergewöhnlichen Kampagne der Medien, der Unternehmenslobby und unternehmensnaher Parteikreise der SPD selbst gescheitert. Die auf Privatisierung und Primat des Kapitals setzende CDU kann 5 Jahre lang mit einem ähnlich ideologisch festgelegten Partner in Gestalt der FDP regieren.

Symptomatisch für die weitgehende Übereinstimmung in dieser Frage ist, wie schnell die FDP in der Frage der „Neuen Verwaltungssteuerung“ und damit einer streng betriebswirtschaftlichen Sicht von Staat und Schule ihre leicht kritische Position aus 2008 wieder verlassen hat (siehe Seite 9).

Von daher kommt den Aussagen zum „Paradigmenwechsel“ in der Schulpolitik wie auch den Aussagen zur Privatisierung und zur Staatsquote („Konzentration der Landesverwaltung auf die Kernaufgaben“, „Ziel der Reduzierung der Personalkostenquote“) in der Koalitionsvereinbarung eine gravierende Bedeutung zu.

Die massive Ausweitung der Staatsverschuldung ohne den geringsten Versuch einer Umverteilung von oben nach unten (tatsächlich wird eher das Gegenteil unternommen) wird den nächsten Privatisierungsschub vorbereiten. Die geplante „Schuldenbremse“ soll dies quasi automatisieren.

Wir sollten alles tun, eine solche Politik des Staatsabbaus nicht auch noch als scheinbar alternativlos erscheinen zu lassen.

Unterstützt wird die Landesregierung wie schon in der Vergangenheit durch starke Kräfte der organisierten Unternehmen – und zwar inhaltlich, organisatorisch und propagandistisch. Der letzte Vorstoß war am 21.2.2009 die Veröffentlichung der Deutsche Bank Studie „Schulverwaltungs-aufgaben auf dem Prüfstand – Investitionen in Lerninnovationen statt Geld für Bürokratie“ (siehe S 10). Daneben sind nach wie vor die Bertelsmannstiftung u.a. im Bereich des „Qualitätsmanagements“ sehr aktiv.

Fortsetzung Seite 2

